Als Außenministerin Baerbock im April 2022 die Sahelzone besuchte, machte sie – neben dem Klimawandel – Russland für die prekäre Lage dort verantwortlich. Kein Wort der Selbstkritik, keine Reflexion über den negativen Einfluss, den allen voran Frankreich seit ewiger Zeit in dieser Region ausübt. Heute, zwei Jahre später, hat sich die geopolitische Lage der Sahelzone diametral geändert. Die prowestlichen Marionetten wurden weggeputscht. Als erstes wurden danach die Franzosen aus dem Land geworfen. In diesem Jahr nahm die Dekolonisation der Region noch weiter an Fahrt auf. US-Militärbasen werden geschlossen, internationale Minenkonzerne enteignet. Mali, Niger und Burkina Faso sind aus dem prowestlichen Staatenbündnis ECOWAS ausgetreten und wenden sich mehr und mehr Russland und China zu. Auch in anderen Staaten verliert der Westen mehr und mehr an Einfluss. Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/240424_Afrika_entgleitet_dem_Westen_und_das_ist_fuer_die_Afrikaner_wohl_auch_gut_so_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

> „In Frankreich gibt es keine einzige aktive Goldmine. Dennoch besitzt dieser (ehemals) verbrecherische Kolonialstaat mit 2.436 Tonnen die viertgrößten Goldreserven der Welt.
>
> Die (ehemals) französische Kolonie Mali besitzt genau 0,0 Tonnen Gold, obwohl es mehrere Dutzend Minen (darunter 14 offizielle) im Land hat, in denen pro Jahr ganze 70 Tonnen davon abgebaut werden. Von den Einnahmen aus knapp 60 Tonnen Gold, die von (schätzungsweise) 600.000 Kindern in der (ehemals) französischen Kolonie Burkina Faso geschürft werden, gehen nur 10 Prozent an das Land, aber 90 Prozent an multinationale Goldgräberkonzerne.
>
> Die letzte seiner 210 Uranminen hat Frankreich im Jahr 2001 geschlossen. […] Aus dem westafrikanischen Niger stammen etwa ein Viertel der europäischen und ein Drittel der Uranimporte Frankreichs, das mit 56 Kernkraftwerken einen (ausbaufähigen) Spitzenplatz unter den Atomstromexporteuren der Welt belegt. […]

> Die (ehemals) französische Kolonie Niger verfügt über die hochwertigsten Uranerze Afrikas und ist der siebtgrößte Uranproduzent der Welt, aber der Weltbank zufolge sind 81,4 Prozent seiner Bürger noch nicht einmal ans Stromnetz angeschlossen. 40 Prozent leben unterhalb der Armutsgrenze, ein Drittel der Kinder ist untergewichtig, die Analphabetenquote liegt bei 63 Prozent. Nur die Hälfte der Einwohner hat Zugang zu sauberem Trinkwasser, nur 16 Prozent sind an eine angemessene Sanitärversorgung angeschlossen.“
>
> – aus Martin Sonneborn – Globaler Süden will nicht mehr vom Westen ausgeplündert werden

Die Geschichte des „Francafrique“ ist eine Geschichte voller Tragödien. In den 1960er-Jahren entließ Frankreich seine ehemaligen afrikanischen Kolonien nach den Erfahrungen des blutigen, verlorenen Algerienkrieges formell in die „Freiheit“. Aus der ehemaligen Kolonialherrschaft wurde nun eine indirekte Hegemonialpolitik. Während der gesamten Nachkriegszeit war die ehemalige Kolonialmacht immer noch der unumstrittene Herr des „Francafrique“. Französische Konzerne beuteten die Bodenschätze der Länder aus, Frankreich diktierte die Innen- und Außenpolitik, mit dem CFA hatten die ehemaligen Kolonien eine Währung, die direkt an den Franc – und später an den Euro – gekoppelt war und wenn einer der mal mehr, meist aber weniger demokratisch legitimierten Staatschefs auf dumme Gedanken kam, wurde er von einem Frankreich gefügigeren mal mehr, meist aber weniger demokratischen Konkurrenten weggeputscht.

Die französische Afrikapolitik scherte sich nie um die Interessen Afrikas, sondern einzig und allein um die Interessen Frankreichs. Ohne das nigrische Uran wäre beispielsweise die voll auf Atomkraft orientierte französische Energiepolitik der Nachkriegszeit so nie möglich gewesen. Frankreich wurde eine reiche Industrienation des Nordens, die ehemaligen Kolonien zählen bis heute in steter Regelmäßigkeit zu den ärmsten und hoffnungslosesten Ländern der Welt. Gestützt wurde die französische Afrikapolitik dabei stets von den USA. Bis 1990 ging es dabei vornehmlich um die Sicherung der westlichen Einflusssphäre vor sowjetischen Interessen. Später nutzten die USA die Länder als Militärstützpunkte in ihrem als „Krieg gegen den Terror“ beschönigten globalen Kampf für US-Interessen.

Diese amerikanisch-französische Interessenpolitik zerbrach letztlich an ihren immanenten Zielkonflikten. Gemeinsam stürzten die USA und Frankreich 2011 den

libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi und lösten damit einen Bürgerkrieg in Libyen aus, der weit über die libyschen Grenzen hinauswirkt. In den Ländern der Sahelzone sind es vor allem islamistische Gruppen – sogenannte „Terroristen“ -, die außerhalb der Hauptstädte und der für den Westen so wichtigen Bergbaustandorte seit Jahren nicht nur für Unruhe sorgen, sondern vielerorts de facto die regionale Macht innehaben. Der Einfluss beispielsweise der burkinischen Regierung ging zeitweise nicht über die Stadtgrenze der Hauptstadt Ouagadougou hinaus.

Hinzu kam eine – vom Westen tolerierte – Kleptokratie, die diese Staaten zu „failed states“ machte. Der „Kampf gegen den Terror“ wurde den Staaten vom Westen abgenommen, da man den lokalen Militärs offenbar so wenig vertraute, dass man ihnen die dafür nötigen Waffen vorenthielt. Vor allem in den Rängen der mittleren Offizierskaste gärte es und es kam, wie es kommen musste – die prowestlichen Regierungen wurden vom Militär weggeputscht und da weder die USA noch Frankreich gewillt waren, die Probleme der Sahelzone ernsthaft anzugehen und den neuen Regierungen dafür Kompetenzen einzuräumen, suchten sich diese neue Unterstützer. Die geopolitischen Entwicklungen spielten ihnen dabei ins Blatt – weder die USA noch Frankreich haben derzeit die Mittel und die politische Unterstützung, einen neuen Krieg in der Sahelzone zu führen.

Die neuen Unterstützer waren in der neuen multipolaren Welt einfach zu finden. Russland entsandte mit der „Gruppe Wagner“ Söldner, die die neuen Machthaber schützten, Förderung und Export der Bodenschätze sicherten und beim Kampf gegen die Islamisten eine – je nach Land – bedeutende Funktion übernahmen. China und in geringerem Maße auch Russland boten sich als alternative Absatzmärkte für die Exporte an, womit die vorprogrammierten Sanktionen der EU im Sande der Sahara verliefen. Und mit Russland, China, der Türkei und Iran fand man gleich mehrere Staaten, die gerne bereit waren, den Militärs der Sahelzonen-Staaten die gewünschten Waffen zu liefern. Wer brauchte nun noch den Westen?

Die Franzosen, die vor allem als Bedrohung wahrgenommen wurden, mussten als Erste die Länder verlassen. Es folgten die Amerikaner. Nach langen Verhandlungen mussten die USA letzte Woche sogar ihre hochmoderne Airbase 201 in Niger räumen. Von diesem zweitgrößten US-Militärstandort in Afrika aus führte das United States Africa Command mit hochmoderner Ausrüstung seinen Drohnenkrieg im gesamten nordafrikanischen Raum. Glaubt man den Berichten eines Whistleblowers, hat die nigrische Regierung die Amerikaner sprichwörtlich in ihrer Militärbasis aushungern lassen und sie von sämtlichem Nachschub abgeschnitten. Nun stehen die USA vor einem Scherbenhaufen.

Auch Nachbarstaaten wie der Tschad sind nun aufgewacht und haben den USA die militärische Zusammenarbeit aufgekündigt und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die US-Truppen auch den Tschad verlassen müssen. Auch in Äthiopien setzt man mehr und mehr auf Russland, Senegals frisch gewählter Präsident hat sich dem linken Pan-Afrikanismus verschrieben und will nun die Öl- und Gasförderverträge mit dem Westen neu verhandeln. Wo man in Afrika auch hinschaut – der Westen wird zurückgedrängt, Russland und China gewinnen massiv an Einfluss.

Vor allem für Russland ist Afrika mittlerweile geopolitisch von hohem Interesse. Jährlich findet ein von Russland organisierter Afrikagipfel statt, Russland veranstaltet hochrangige Foren, auf denen Praktiken diskutiert werden, wie man sich gegen die „zeitgenössischen Praktiken des Neo-Kolonialismus“ zur Wehr setzen kann. Man arbeitet militärisch und auf Geheimdienstebene zusammen und die „Gruppe Wagner“ wurde durch ein neugeschaffenes Afrikakorps der Russischen Föderation ersetzt, das die Dienstleistungen der Söldner nun durch offizielle Regierungstruppen Russlands ersetzt. Russische Militärausbilder schulen die lokalen Sicherheitskräfte und haben damit unter anderem die Bundeswehr abgelöst. Russland liefert und betreibt nun seit einigen Wochen sogar die Luftabwehr – da die Islamisten bekanntlich keine Kampfflugzeuge besitzen, darf auch das vor allem als Schutz vor den ehemaligen Kolonialherren interpretiert werden.

Wird hier nur ein Ausbeuter durch den anderen ausgetauscht? Das behauptet der Westen, doch dieses Argument ist nicht begründet. So hat beispielsweise Burkina Faso mit Hilfe der Russen im November 2023 seine erste Gold-Raffinerie in Betrieb genommen. Das Ganze ist unter staatlicher Kontrolle und sichert der Regierung in Kombination mit neuen strengen Kontrollen der Minen, dass sämtliches Golderz nicht nur im Lande weiterverarbeitet wird, sondern auch, dass es den Minenbetreibern so schwerer gemacht wird, die geförderten Rohstoffe einer Besteuerung zu entziehen. Erstmals kassiert der Staat Burkina Faso maßgeblich an der eigenen Goldförderung.

In Mali soll nun ebenfalls in Kooperation mit Russland eine eigene Gold-Raffinerie entstehen. Es wurde parallel dazu ein neues Minen-Gesetz verabschiedet, das den Staatsanteil der privat geführten Minen von 20 Prozent auf 35 Prozent erhöht. Kompensationen sind nicht vorgesehen. Damit wird nun zumindest ein Drittel der direkten Gewinne abgeschöpft. Für den Uranbergbau hat Mali bereits einen neuen Partner gefunden. Statt mit den Franzosen arbeitet man nun mit der russischen Rosatom zusammen. Noch weiter geht der Niger. Hier hat der Staat nun ein Gesetz verabschiedet, das das kanadische Unternehmen Barrick Gold, das im Niger eine

der weltgrößten Goldminen betreibt, de facto enteignet. Abgesichert wird die Übernahme der Goldmine übrigens von russischen Soldaten.

Dass diese Maßnahmen künftig sehr viel mehr Geld in die Kassen der Staaten der Sahelzone spülen werden, ist gewiss. Ungewiss ist freilich, ob dieses Geld auch der lokalen Volkswirtschaft und den Menschen vor Ort zugutekommt. Aber im Vergleich zur jüngeren Vergangenheit hat Afrika nun zumindest die Chance dazu. Ob die Regierungen vor Ort sie nutzen, ist eine andere Frage. Aber zumindest wird diese Frage nicht in Paris oder Washington, sondern in Niamey, Bamako und Ouagadougou entschieden. So viel Dekolonisation gab es schon lange nicht mehr. Und das ist gut so.

Titelbild: kremlin.ru